

(Abgeordneter Dennhardt.)

(A) Standpunkte steht, die Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen, sondern das Chaos, in dem wir uns befinden, noch zu vergrößern.

Ich will ein Beispiel anführen. In einer Marmeladenfabrik bei Leipzig verlangten am Hohnenjahrstage die Leiter des Fabrikbetriebes, daß sie am Hohnenjahrstage arbeiten könnten, weil die Arbeit drängte. Acht Tage danach entließen dieselben Leute ihre Arbeiter, weil sie zuviel Marmelade am Lager hätten. Das sind Verhältnisse, die jeder Beschreibung spotten.

Im Kohlenwerke Kulkwitz haben die Herren verlangt, daß die Amtshauptmannschaft Leipzig vermitteln sollte, weil die Arbeiter aus lauter Übermut an den Wirren keine Lust mehr zum Arbeiten hätten. Bei der Verhandlung wurde von den Direktoren erklärt, daß die Arbeiter nur ihre Arbeitsleistung auf Grund der politischen Verhältnisse von 140 auf 80 zurückgesetzt hätten. Bei der Rücksprache mit den Arbeitern stellte sich heraus, daß sie unter einer Behandlung arbeiten mußten, die als schamlos zu bezeichnen ist, und daß die Löhne nicht dem entsprachen, wie die Direktoren sie bei den Verhandlungen hinstellten.

Das sind Zustände, wo die Regierung ohne weiteres eingzugreifen hätte, denn der Betrieb, der ebenfalls den ganzen Bezirk mit Kohlen versorgen könnte, würde ohne den Herrn Direktor und Obersteiger, durch die die Mißstände herbeigeführt wurden, weitergeführt werden können. (B) Aber es war ausgeschlossen, daß die Behörde irgend etwas unternommen hätte. Nur auf Anweisung oder auf Drängen von Seiten des Arbeiterrats der Amtshauptmannschaft Leipzig war es möglich, den Herren zu sagen, daß es so nicht weitergehen könne. Dann ist Besserung eingetreten.

Wir haben noch mehr Betriebe, wo die Arbeiter einfach entlassen wurden, trotzdem unter Umständen noch Arbeitsgelegenheit vorhanden gewesen wäre. Aber man braucht auch nicht mit Arbeiterentlassungen zu rechnen. Es wäre in sehr vielen Betrieben möglich, mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wenn die bisher festgesetzte Arbeitszeit von 8 Stunden herabgemindert würde auf 6 oder 4 Stunden. Dann könnte man die Arbeitslosen zur Hälfte noch unterbringen. Wenn auch Unterstützungen gezahlt werden müßten, so wäre doch zu beachten, daß diese Leute nicht auf der Straße liegen, und dazu erklären sich auch die Arbeiter, die in Arbeit stehen, bereit.

In dieser Beziehung hat die Regierung das, was zu tun wäre, noch nicht getan. Deshalb ist es notwendig, wenn geordnete Verhältnisse eintreten sollten, daß die Regierung alles versucht, den Gemeinden, die nicht in der Lage sind, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, die Last ab-

zunehmen. Die einzelnen Gemeinden und Bezirke (C) sind durch den Krieg in eine solche Schuldenlast hineingekommen, daß es unmöglich ist, ohne weitgehende Unterstützung von Staats wegen irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen. Bisher wußte niemand in den einzelnen Gemeinden und Bezirken, wie er sich zu verhalten hatte, und wenn hier Wandel geschaffen wird, so liegt es im Interesse der Allgemeinheit. Aber da heißt es zugreifen, wo es notwendig ist. Dasselbe trifft aber auch zu, wenn die Arbeitslosenfürsorge in der Weise gehandhabt werden soll, wie es notwendig ist, daß auf die Nahrungsmittelpreise eingewirkt wird. In der „Meißner Volkszeitung“ konnte man am Sonnabend lesen, daß die Löhne während der Dauer des Krieges und in der Hauptsache jetzt während der Revolution wohl um 100 Prozent gestiegen seien, daß aber die Preise für Lebensunterhalt, für die Lebensmittelprodukte um 160 und für die übrigen Bedarfartikel um mehrere hundert Prozent gestiegen seien. Hier ist es unbedingt Pflicht der Regierung einzuwirken, um eine Preisregulierung herbeizuführen. Das ist aber nur möglich, wenn die Regierung versucht, die Lebensmittel, die in Deutschland erzeugt werden, einwandfrei und restlos zu erfassen, um den Schleichhandel zu unterbinden. Wird diese Maßnahme von Seiten der Regierung getroffen, dann hat sie auch die Möglichkeit, auf die Preise einzuwirken, und dann wäre auch das Lamento (D) beseitigt über allzu hohe Forderungen der Arbeiter. Solange aber die Preisregelung auf dem Wirtschaftsmarkt und hauptsächlich in der Lebensmittelindustrie von Seiten der Regierung nicht herbeigeführt wird, darf man sich nicht wundern, wenn auf der anderen Seite immer höhere Lohnforderungen auftreten, denn die Löhne sind heute noch lange nicht so, wie sie den Verhältnissen entsprechend sein müßten, um ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen zu können gegenüber denjenigen Kreisen, die nun 4 1/2 Jahre lang Gewinne über Gewinne an den Kriegserzeugnissen eingesteckt haben und sich diese Gewinne wohl gefallen ließen, die aber heute erklären: eine Sozialisierung der Betriebe, eine Sozialisierung des Wirtschaftslebens ist nicht möglich.

Meine Herren! Es wäre wohl möglich, wenn von Seiten der Regierung überall, wo angängig, fest zugefaßt würde. Das hat aber bisher gefehlt, man hat wohl Kommissionen eingesetzt zur Erfassung der Lebensmittel, diese Kommissionen, Ortsausschüsse usw., wie man sie bezeichnet, existieren wohl, aber irgendwelches Recht, diese Sache so in die Hand zu nehmen, daß etwas Greifbares, Gutes dabei herausgeholt wird, ist einfach nicht erreicht. Sie können in Gemeinschaft mit den Gemeinden, mit der Gemeindepolizei, den Gemeindevorständen, den